

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: **Landesvorstand, Horst Becker, Sven Giegold, Reiner Priggen**

TO-Gegenstand: **Wirtschafts- und Finanzkrise
- Für einen Grünen New Deal in NRW**



Antrags-Nr.:

WF-1 neu

Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise gemeinsam angehen - Für einen Grünen New Deal in Nordrhein-Westfalen

Die Globalisierung der Wirtschaft ohne einen starken sozial-ökologischen Ordnungsrahmen hat die Weltwirtschaft in die tiefste Krise seit den 1930er Jahren getrieben. Finanz-, Klima- und Ressourcenkrise und die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich haben hier ihre gemeinsame Ursache. Die weltweite Verbreitung unseres nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummodells hat die Preise für Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel explodieren lassen und damit die Krise beschleunigt. Die Deregulierung der Finanzmärkte hat eine riesige Spekulationsblase befördert, die nun geplatzt ist.

Bündnis 90/Die Grünen fordern gemeinsam mit der Europäischen Grünen Partei und den Global Greens seit vielen Jahren Regeln für eine gerechte Globalisierung. Strukturkonservative und marktradikale Kräfte in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben die Durchsetzung gerechter Regeln bis heute verhindert. In Deutschland hat sich insbesondere die FDP mit ihrer Ideologie des freien Marktes gegen alle sinnvollen Vorschläge in diesem Bereich gestellt – und nicht einmal aus dieser Krise etwas gelernt.

Die heutige Krise hat aber auch das Bewußtsein für die Probleme gestärkt und bietet deshalb die Chance, einen internationalen Grünen New Deal durchzusetzen, der Klima-, Ressourcen- und Wirtschaftskrise gemeinsam angeht. Durch massive Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit wollen wir die Wirtschaftskrise bekämpfen und Millionen neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze schaffen.

Bankenkollaps verhindern – Staatsbürgschaften absichern - Finanzmarktregulierung durchsetzen -

Der Finanzsektor hat sich selbst in eine schwere Strukturkrise gebracht, die Auswirkungen auf die Realwirtschaft wachsen. Es ist deshalb ohne Alternative, die Banken durch staatliche Maßnahmen zu stabilisieren.

Diese Hilfen sind aber nur zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig konsequente Maßnahmen beschlossen werden, die verhindern, dass eine solche Krise wieder entstehen kann. Dazu zählen insbesondere:

40

- Die Stärkung des Eigenkapitals von Banken
- Die Erweiterung der Finanzaufsicht und Eigenkapitalvorschriften auf alle Finanzmarktakteure, insbesondere Hedge-Fonds
- Das Verbot von außerbilanziellen Zweckgesellschaften
- 45 • Schließung der Steueroasen durch Einschränkung des freien Kapitalverkehrs mit diesen Staaten und Territorien
- Besteuerung aller Finanztransaktionen durch eine Europäische Finanzumsatzsteuer inklusive einer Devisenumsatzsteuer
- 50 • Zusammenführung der Bankenaufsicht bei der BaFin. Finanzierung der BaFin aus Steuerstatt aus Bankengeldern. Berufung von Verbraucherschützern und unabhängigen Finanzexperten in den Verwaltungsrat der BaFin.
- Die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordination auf internationaler und europäischer Ebene, um das Aufbauen von ökonomischen Ungleichgewichten zu begrenzen. Hierzu muss gerade Deutschland als Exportnation seinen Beitrag leisten.
- 55 • Stärkung von Solidarischer Ökonomie im Finanzsektor, darunter die öffentlichen und genossenschaftliche Banken sowie regionale Geldsysteme

60

Gleichzeitig gilt: Eine Sozialisierung von Verlusten darf es nicht geben. Wenn öffentliche Steuergelder in die Stützung von privaten Banken gesteckt werden, muß sichergestellt sein, daß sie über Gebühren und Gewinnanteile zurückgezahlt werden. Hierfür muß sich die öffentliche Hand die notwendigen Kontroll- und Mitentscheidungsrechte sichern. Wir wollen, daß die Stützungsmaßnahmen sich selbst refinanzieren. Gelingt dies nicht, ist eine Solidarleistung der Inhaber großer Vermögen erforderlich. Es kann nicht sein, daß die Zeche vergangener Exzesse von den normalen Bürgern und Bürgerinnen und der Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen gezahlt wird. Es muß gelten: Wer verdient hat in der Blase muß auch zahlen in der Krise!

65

Die Finanzkrise zieht die Realwirtschaft mit

70

Inzwischen ist die Finanzkrise auch in der Realwirtschaft angekommen. Erschwerend wirkt sich dies aus, wenn sich die Konjunkturkrise wie in der Automobilindustrie mit einer falschen Produktpolitik verbindet. Die Folge: Zigtausende von ArbeitnehmerInnen sind alleine in Nordrhein-Westfalen von Entlassung und Kurzarbeit bedroht, immer mehr Unternehmen stehen vor ernststen wirtschaftlichen Problemen.

75

Die öffentliche Hand kann nicht tatenlos zusehen, wenn Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Unternehmen bedroht sind. Bei der Unterstützung von Unternehmen mit Bürgschaften und Krediten darf es jedoch keine Rettungsaktionen im Wege der Selbstbedienung einiger großer Konzerne geben. Vielmehr müssen diese Hilfen nach transparenten und für alle geltenden Kriterien vergeben werden. Hierzu gehört, daß das zukünftige Unternehmenskonzept tragfähig ist, keine Wettbewerbsverzerrungen stattfinden, die an anderer Stelle Arbeitsplätze kosten und private Investoren nicht aus der Haftung entlassen werden.

80

85 Weitgehende Unternehmenshilfen darf es nur geben, wenn das Unternehmen zukunftsfähig ist,
sie müssen mit sozial-ökologischen Auflagen verbunden werden. Die Arbeitsplätze der Zukunft
entstehen nicht durch Betonpolitik und Steuererleichterungen für Spritfresser, sondern durch
Investitionen in Bildung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kreativwirtschaft, und andere
90 Zukunftsindustrien. Dafür liegt der Schlüssel nicht nur auf europäischer und nationaler Ebene,
sondern bei den Kommunen und der Strukturpolitik der Landesregierung.

Finanzmarktkrise zur überfälligen Landesbankenkonsolidierung nutzen

95 Die Finanzmarktkrise hat einmal mehr gezeigt, dass das aktuell bestehende System der
Landesbanken nicht zukunftsfähig ist. Sie haben ihr Geschäftsmodell verloren, das schlichtweg
darin bestand, sich am Kapitalmarkt - gestützt auf die staatlichen Garantien - billig Geld zu
verschaffen und dieses dann teurer weiterzuleihen. Die Versuche, die nun fehlenden Erträge
100 über zweifelhaftes Kreditsatzgeschäft auszugleichen, sind kläglich gescheitert und haben die
einzelnen Institute - in Düsseldorf, aber auch in München, Stuttgart und Kiel - in Existenz
bedrohende Krisen gestürzt.

Auf diese Krisen gibt es nur eine mögliche Antwort: Die Landesbanken müssen - ausgerichtet an
105 ihren jeweiligen funktionalen Stärken - zu einem einzigen Institut zusammenfinden. Dies geht -
mit Blick auf die spezifischen Altlasten der einzelnen Institute und mit Blick auf regionale
Standortanforderungen - nicht von heute auf morgen, doch müssen die entscheidenden Schritte
für diesen Konsolidierungsprozess jetzt vorgenommen werden.

110 Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Notwendigkeit solcher Schritte nach wie vor
nicht erkannt. Sie hält stur an ihrer Linie fest, immer wieder neue Fusionsszenarien für die
WestLB in den politischen Raum zu stellen, diese dann - zumindest medial - einige Wochen zu
verfolgen und sie schließlich mehr oder weniger geräuschlos ad acta zu legen. Jüngstes
Beispiel hierfür ist die wieder einmal propagierte Fusion mit der Helaba, von der die
115 Verantwortlichen in Hessen allerdings nicht einmal etwas wissen.

Ignoranz und Inkompetenz der Landesregierung werden die WestLB zielsicher in ein
Bieterverfahren führen, bei dem die Bank zum Nachteil des Landes, seiner Kommunen und der
nordrhein-westfälischen Sparkassen verscherbelt wird. Wir GRÜNE sagen: Das größte Problem
120 der WestLB AG sind weder die toxischen Wertpapiere noch die EU-Kommission. Das größte
Problem der Bank ist die nordrhein-westfälische Landesregierung.

Zeit für eine ökologische Wende in der nordrhein- westfälischen Wirtschaftspolitik -

125 Angesichts des Wegbrechens von Exportmärkten und der Vernachlässigung der
Binnennachfrage in der Vergangenheit genügt es jedoch nicht, sich auf stabilisierende
Maßnahmen für die Realwirtschaft zu beschränken.

130 Mit Abwrackprämien ein "Weiter so" in alten Strukturen über Schulden zu finanzieren, ist
unverantwortlich und verschleudert Steuergelder. Die außerordentlichen finanziellen

135 Anstrengungen, die mit den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung jetzt unternommen werden, müssen genutzt werden, um die Weichen Richtung Zukunft, für zukunftsfähige Sektoren zu stellen. Jetzt gilt es, die Milliarden € der Konjunkturprogramme in einen Anschub für die kommende grüne industrielle Revolution zu investieren. Nur so kann die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zur Chance für zukunftsorientierte Arbeitsplätze werden.

140 Gerade Nordrhein-Westfalen als ökonomisches Herz Europas muss eine Modellregion für den Aufbruch in nachhaltiges Wirtschaften werden, statt Subventionen oder Investitionen in nicht zukunftsfähigen Strukturen zu verbrennen. Dies gilt insbesondere für den Energiesektor.

145 In der Verknüpfung der Wirtschafts- und der Energiepolitik liegt eine große Chance. Denn: Die weltweiten Zukunftsmärkte werden von den 3E (Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erneuerbare Energien) bestimmt. Sie erfordern eine Politik, die dezentral und mittelständisch denkt. Das ist das Gegenteil von der bisherigen an den Monopolisten RWE und EON orientierten Energiepolitik. Für die Monopole sind Große Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke die profitabelsten Optionen. Für den Klimaschutz, für die mittelständischen Akteure und für die Stadtwerke sind dezentrale Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung KWK, Erneuerbare Energien und
150 Effizienztechnologien die besten Optionen

Es geht aber dabei nicht nur um die Stromerzeugung über erneuerbare Energien, es geht um die gesamte Palette industrieller Produkte und Produktionstechniken. Diejenigen, die als erste das 3l und in der Folge das 1 l Auto als technisch anspruchsvolles Fahrzeug auf den Markt
155 bringen, werden Startvorteile auf dem Weltmarkt haben. Diejenigen die die ressourcen- und energiesparendsten Produktionstechniken in der Chemie-, der Metallverarbeitenden-, der Nahrungsmittelindustrie entwickeln werden im Weltmarkt besser präsent sein. Wer glaubt, in der Wirtschaftskrise eine Auszeit für Klimaschutz und zukunftsgerichtete Energiepolitik nehmen zu können, handelt verantwortungslos und gerät selbst ins Aus .

160 Unser Ziel ist es, diese Zukunftsmärkte zu erkennen und den Anteil Nordrhein-Westfalens an diesen Märkten zu erarbeiten. Schon heute ist die Umweltwirtschaft eine kontinuierlich wachsende Branche: Deutschlandweit arbeiten nach einer aktuellen Erhebung der Bundesregierung hier 2006 fast 1,8 Millionen Menschen - 200.000 mehr als zwei Jahre zuvor. In
165 NRW sind es demnach mindestens 400.000 Arbeitsplätze, die am Umwelt- und Klimaschutz hängen. Das sind fast fünfmal mehr als in der Automobilindustrie in NRW.

170 NRW hat alle Chancen in diesen wachsenden Märkten, aber es droht diese Chancen aus ideologischen Vorbehalten der Landesregierung zu verschlafen. Die Bilanz nach 39 Monaten ist ernüchternd. Es sind keine Anzeichen für eine strategisch strukturierte Energiepolitik erkennbar. Stattdessen ist eine Mischung aus Ignoranz und populistischen Mätzchen in Bezug auf die Erneuerbaren Energien festzustellen. Es gibt keine Hinweise, dass diese Landesregierung die Chancen, die in den weltweiten Märkten der 3 E liegen, auch nur im Ansatz erkannt hätte und zu Orientierungspunkten ihrer Politik machen würde. Dies ist nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern
175 auch klimapolitisch ein schweres Versagen.

180 **NRW muss die Herausforderungen des Klimaschutzes endlich annehmen**

Es gibt zwei große globale Herausforderungen, die beide im zentralen Bereich der Energiepolitik liegen und von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz sind:

185

- der bisher wesentlich von den Industrieländern verursachte und in seiner Bedrohung zunehmende Klimawandel
- die absehbare Endlichkeit wesentlicher Rohstoffe

190

Wir Grüne sagen deutlich, Klimaschutz ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit. NRW ist vor allem durch seine kohlenlastige Stromerzeugung seit Jahrzehnten einer der Hauptverursacher der bisher bereits eingetretenen Klimaerwärmung. NRW ist in einem Ranking der 27 EU-Staaten der siebtgrößte Emittent. Wenn man weltweit den Punkt mit den höchsten CO₂-Emissionen sucht, findet man ihn in dem Dreieck zwischen den Orten Niederaußem, Weisweiler und Frimmersdorf. Dort werden täglich 250 000 Tonnen CO₂ emittiert, und das 365 Tage im Jahr.

195

200

Die weltweite Klimaschutzpolitik wird im Vorfeld des Weltklimagipfels von Kopenhagen im Dezember 2009 von der Erkenntnis der Klimawissenschaft geprägt werden, dass die globale Erwärmung und ihre Folgen (z. B. Meeresspiegelanstieg, Eisverlust in der Arktis usw.) dramatischer verlaufen als noch im IPCC-Bericht 2007 angenommen. Bisher wird öffentlich nicht wahrgenommen, welche dramatischen Auswirkungen der Klimawandel auch auf NRW haben wird. Selbst wenn es gelingt, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, erwartet das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) langfristig einen Meeresspiegelanstieg um 20 Meter. Das heißt: NRW wird zur Küstenregion (der niedrigste Punkt von NRW liegt in der Gemeinde Kranenburg. Dort beträgt die Höhe 9,2 m über NN), weite Teile des Niederrheins werden dann unter dem Meeresspiegel liegen.

205

Deshalb hat gerade NRW die Verpflichtung, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80% zu reduzieren. Das ist jedoch unmöglich mit dem Neubau von weiteren Kohlekraftwerken.

210

Keine neuen Kohlekraftwerke, mehr Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

215

Ein Drittel der deutschen CO₂-Emission stammt aus NRW. 60 % der CO₂-Emissionen NRWs stammen aus Kraftwerken. Diese Kondensationskraftwerke geben 60 % ihrer Energie nutzlos an die Umgebung ab. Die in NRW derzeit geplanten oder im Bau befindlichen 11 neuen Kohlekraftwerke zementieren diese ineffiziente Struktur trotz etwas verbesserter Wirkungsgrade auf Jahrzehnte.

220

225

Vor allem verhindern sie den Ausbau der KWK, die aufgrund der gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Wärme Wirkungsgrade von 80% und mehr haben kann. NRW ist mit seiner hohen Bevölkerungs- und Industriedichte prädestiniert für die KWK, hat aber bei der Stromproduktion nur einen KWK-Anteil von 10%. Dass KWK-Anteile von 60% und mehr bei einer konsequenten Förderpolitik möglich sind, zeigen das Beispiel Dänemark, aber auch Städte in NRW wie Lemgo.

Konjunkturprogramme: Nachhaltigkeit und Effizienz statt Gießkanne und Strukturkonservatismus

230

Im Rahmen des von uns geforderten NRW-Konjunkturprogrammes halten wir im Energiebereich die folgenden Projekte besonders in Nordrhein-Westfalen für vordringlich. Sie würden langfristig angelegt einen starken Beschäftigungsimpuls im Mittelstand auslösen und gleichzeitig den Kaufkraftabfluss für die Importe von Primärenergien deutlich reduzieren.

235

- Ein groß angelegtes Förderprogramm für die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Altbauten: Um die Sanierungsquote in NRW von derzeit 1% auf mindestens 3% des Gebäudebestandes pro Jahr zu erhöhen (entspricht 200.000 Wohnungen), müssen Gesamtinvestitionen in Höhe 3 Mrd. Euro durch eine anteilige Förderung ausgelöst werden. Hiermit können 100.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen und dauerhaft gesichert werden.
- Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Nahwärmenetze anstelle des Neubaus von ineffizienten Kohlekraftwerken: Um den Anteil der KWK an der Stromversorgung von derzeit 10% auf 33% zu erhöhen, müssen pro Jahr 460 Mio. Euro in NRW investiert werden.
- Ein Anreizprogramm zum Austausch von Nachtspeicherheizungen: Der Austausch der 450.000 Nachtspeicherheizungen und Ersatz durch moderne Heizungssysteme innerhalb von 10 Jahren erfordert Gesamtinvestitionen von 240 Mio. Euro im Jahr.
- Der weitere konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich und verstärkte Forschungsbemühungen zur verbesserten Integration in die vorhandene Energieversorgungsstruktur: Es ist unser Ziel, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Strombereich in NRW von derzeit etwa 5% auf 22% bis 2020 zu erhöhen. Neben der Förderung durch das EEG braucht es vor allem Investitionen in Netze und Speichertechnologien.
- Schaffung von konzernunabhängigen Gas- und Stromnetzgesellschaften für mehr Wettbewerb im Energiemarkt: Die Strom- und Gasübertragungsnetze werden ausschließlich von den großen Energiekonzernen kontrolliert. Um wirklichen Wettbewerb und diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu ermöglichen, brauchen wir von den Konzernen unanhängige Netzgesellschaften.

240

245

250

255

260

Kommunen und ihre finanzielle Ausstattung sind entscheidend für eine funktionierende Daseinsvorsorge

265

Für viele Bereiche der Konjunkturprogramme spielen die Kommunen als Auftraggeber eine entscheidende Rolle. Zukunftsinvestitionen, wie die Sanierung öffentlicher Gebäude, aber auch der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetzen sind nur dann wirkungsvoll möglich, wenn die Kommunen und die öffentlichen Unternehmen dazu beitragen können.

270

Dazu bedarf es allerdings der Stärkung der kommunalen Ebene. Dies gilt für deren finanzielle Ausstattung, die durch die CDU-/FDP-geführte Landesregierung in den letzten drei Jahren konsequent verschlechtert wurde. Dies gilt auch bei der Abwehr des Angriffs marktradikaler Kräfte innerhalb der Bundesrepublik und der EU auf die die Erbringung kommunaler Daseinsvorsorge.

275 **Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen haben sich seit 2005 für die NRW-Kommunen verschlechtert**

280 Während sich die Steuereinnahmen des Landes seit 2004 um über 8 Milliarden Euro auf gut 42 Milliarden Euro erhöht haben, hat das Land den Kommunen 1,3 Milliarden Euro bei den ihnen eigentlich zustehenden Zuweisungen entzogen.

Hinzu kommen diverse Aufgabenverlagerungen, bei denen entgegen dem Konnexitätsprinzip keine angemessene Finanzausstattung der Kommunen vorgenommen wurde. All dies hat verheerende Folgen für die kommunalen Haushalte und deren Investitionen.

285 Trotz deutlich gestiegener Steuereinnahmen bei Bund und Land sind die Sachinvestitionen der Kommunen seit 2004 von 3,4 Milliarden Euro nochmals um 440 Millionen Euro auf nur noch 2,96 Milliarden Euro gesunken. Parallel dazu sind die Kassenkredite der Kommunen von Anfang 2005 bis jetzt um mehr als 4 Milliarden € auf nun über 14,2 Milliarden Euro gestiegen. All dies erschwert es den Kommunen erheblich, ihren Aufgaben bei der kommunalen Daseinsvorsorge und bei nachhaltigen Investitionen gerecht zu werden. Diese Ausgangslage am Ende eines Konjunkturzyklus mit hohen Steuereinnahmen wird sich bei den jetzt anschwellenden Steuerausfällen und zusätzlichen Schulden der öffentlichen Hand durch die Wirtschaftskrise in den Jahren 2010 und 2011 absehbar dramatisch verschärfen.

295 Erschwerend hinzu kommt die ideologisch ausgerichtete Politik der Landesregierung, die den NRW-Kommunen in der bundesweit schärfsten Form die wirtschaftliche Betätigung erschwert und mit der optionalen Einführung von Trägerkapital mittelfristig der Privatisierung von Sparkassen die Tür geöffnet hat. Die Unterordnung der Landesregierung unter die „Privat vor Staat“-Ideologie der besonders marktradikalen FDP aus Nordrhein-Westfalen hat damit dem Wirtschaftsstandort NRW und der kommunalen Familie schweren Schaden zugefügt – die CDU ist damit entgegen ihren früheren Behauptungen aus Oppositionszeiten in der NRW-Landesregierung als Partner der NRW-Kommunen ein Totalausfall.

305 Wir GRÜNE werden dies auch im Rahmen der anstehenden Kommunalwahlen thematisieren und dafür sorgen, dass diese Politik dort und auch bei der Landtagswahl 2010 gestoppt wird.

310 **Die Gemeinwohlorientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht aushöhlen!**

Öffentliche Aufgaben werden durch die Liberalisierungspolitik der Mehrheiten in der EU zunehmend für den Wettbewerb geöffnet. Fast völlig ausgeblendet werden dagegen Anforderungen an eine Nachhaltige Entwicklung, die ökologische und soziale Kriterien neben ökonomischen gleichberechtigt integriert sowie die lokale Demokratie und politische Partizipation der Bürgerschaft in ihren Kommunen berücksichtigt.

320 Wir brauchen eine Europäische Rahmenrichtlinie zum Schutz der Daseinsvorsorge, wie sie seit 2006 vom europäischen Gewerkschaftsbund im Rahmen einer europaweiten Kampagne gefordert wird und der sich auch die GRÜNE Europafraktion angeschlossen hat. Ziel einer solchen Richtlinie muss eine Absicherung des Kommunalen Selbstverwaltungsrechtes und ein

Schutzrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) in Abgrenzung zu solchen Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) sein.

325 Interkommunaler Kooperationen, z.B. in Form von Zweckverbänden, müssen vom europäischen Vergaberecht freigestellt werden, anstatt sie als verschleierte Wirtschaftstätigkeit einzuordnen und sie damit den Binnenmarktregeln zu unterwerfen. Gerade kleinere Kommunen sind bei der Verwaltungszusammenarbeit, aber auch in Bereichen wie, ÖPNV, Energie, Wasser/Abwasser, Abfall, Krankenhäusern, etc. darauf angewiesen, kommunale Zweckverbände zu etablieren, 330 umeine gute Versorgung der Bürgerschaft zu gewährleisten. Perspektivisch werden solche Zusammenarbeitsformen auch bei Schulen, Kindergärten oder Alteneinrichtungen zunehmen.

Wir brauchen auch eine EU, die sich nicht weiter einseitig gegen öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen wendet und somit den großen Privatbanken in die Hände spielt, die ohne eine 335 Konkurrenz öffentlich-rechtlicher Banken weder die kostengünstige und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Giro-Konten noch die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten sicher stellt.

340 Bündnis90/ Die GRÜNEN stellen daher fest: Nordrhein-Westfalen braucht einen „Grünen New Deal“ aus drei Elementen: Der Stabilisierung des angeschlagenen Bankensektors und zukunftsfähiger Unternehmen, der Regulierung der Finanzmärkte und einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm für eine wirtschaftliche 345 Neuausrichtung.